

E-Voting – eine Belebung der direkten Demokratie?

Wolf Linder | *Der Bund unterstützt im Rahmen seiner E-Government-Bemühungen die elektronische Stimmabgabe. Die Einführung von E-Voting benötigt eine lange und intensive Vorbereitungszeit und wirft nebst technischen und organisatorischen, auch bedeutende politische Fragen auf. Der vorliegende Beitrag basiert auf einem Gutachten und gibt Antwort auf die wichtigsten politologischen Fragen zu E-Government und E-Demokratie.*

1 Fragestellung

Die Ersetzung des Urnengangs durch den elektronischen Knopfdruck erscheint heute vielen als eine bestechende Idee. Elektronisches Abstimmen über das Internet liegt im virtuellen Zeitalter auf der Hand, bildet nach der Einführung der brieflichen Abstimmung eine logische Fortsetzung der erleichterten Stimmabgabe und wird oft auch mit der Hoffnung auf eine intensivere Nutzung der Volksrechte verbunden. Der Bund unterstützt im Rahmen seiner E-Government-Bemühungen die Idee elektronischer Stimmabgabe auf eidgenössischer Ebene und fördert Pilotprojekte zunächst auf lokaler Ebene. Am 19. Januar 2003 fand im Kanton Genf eine erste offizielle Abstimmung statt, in der die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit hatten, ihre Stimme elektronisch von ihrem eigenen PC aus einzugeben. Weitere Versuche in Neuenburg und Zürich werden folgen.¹

Elektronisches Abstimmen ist mit einigen Problemen verbunden. Die Schweizerische Bundeskanzlei vergab 2001 Expertenaufträge zur Abklärung juristischer, staatspolitischer, organisatorischer und weiterer Fragen. Der vorliegende Artikel ist ein Up-date eines politologischen Gutachtens, das unter Mitwirkung von Adrian Vatter, Thomas Holzer, Georg Lutz und Sophia Haenny erstellt wurde.²

Folgenden Fragen wurde dabei nachgegangen:

(1) *Akzeptanz und Selektivität elektronischer Stimmabgabe*

- Führt die Einführung der elektronischen Stimmabgabe (im Folgenden: E-Voting) zu einer erhöhten Stimm- und Wahlbeteiligung? Wenn ja, welcher Gruppen?
- Wird E-Voting von bestimmten Gruppen stärker, von anderen weniger häufig genutzt werden, und beeinflusst dies die Zusammensetzung der Stimmenden insgesamt?

- (2) *Möglichkeiten und Folgen der E-Kommunikation und zusätzlicher Behördeninformation im Abstimmungs- und Wahlprozess*
- Mit welchen Veränderungen der Dynamik von Wahl- und Abstimmungskampagnen ist infolge der elektronischen Kommunikationsmittel wie des Internets (im Folgenden: E-Kommunikation) zu rechnen?
 - Welche Chancen und Risiken der politischen Kommunikation bieten sich dabei für behördliche Informationsangebote?
- (3) *Beeinflussung der Stimmabgabe und Legitimationskraft des Urnengangs*
- Beeinflusst die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe das Wahl- und Abstimmungsverhalten der einzelnen abstimmenden Personen?
 - Trivialisiert die elektronische Stimmabgabe im Umfeld der politischen E-Kommunikation den Urnengang mit der Folge eines Legitimationsverlusts der Wahl- und Abstimmungsdemokratie?
- (4) *Beeinflussung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse durch E-Voting*
- Führen die Möglichkeiten elektronischer Stimmabgabe im Umfeld der politischen E-Kommunikation zu systematischen Veränderungen der Abstimmungsergebnisse?
- (5) *Unterschreiben von Volksinitiativen und Referenden*
- Welche Vor- und Nachteile ergeben sich durch die Möglichkeit, die Unterschrift für Volksinitiativen und Referenden auf elektronischem Weg direkt bei den Behörden einzureichen?

Im Folgenden konzentrieren wir uns auf politologische und demokratietheoretische Fragen. Technische und juristische Fragen werden als gelöst bzw. lösbar vorausgesetzt. Weiter wird angenommen, dass die Einführung des E-Voting als zusätzliche Option und nicht als Ersatz für die bestehenden Möglichkeiten der persönlichen oder brieflichen Stimmabgabe erfolgen soll. Schliesslich gehen wir davon aus, dass mit dem E-Voting nicht nur der elektronische Vorgang der Stimmabgabe, sondern auch ein begleitendes, interaktives, behördliches E-Informationsangebot eingeführt werden soll.

2 Forschungsstand, Vorgehen und Methoden

Die Frage der Auswirkungen der Internet-Revolution auf Strukturen und Prozesse der Demokratie ist ein heiss umstrittenes Thema – nicht nur in der politischen Öffentlichkeit, sondern auch in der Fachliteratur. Dies belegen die folgenden Zitate, die zur Zeit auf einer Internetseite³ zu finden sind:

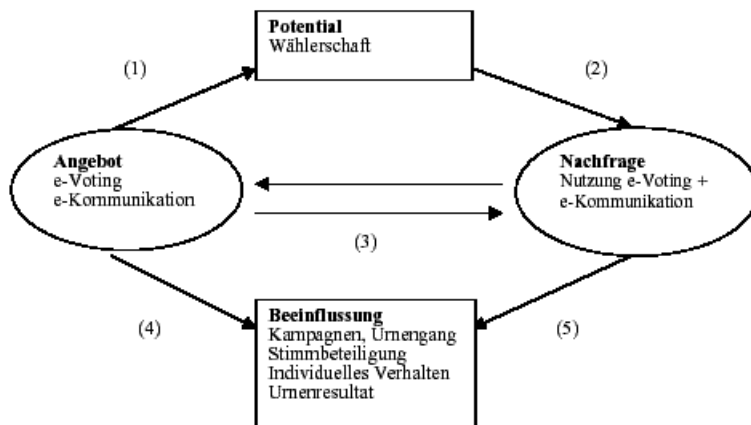
Euphorische Stimmen sprechen von einer völligen Veränderung der Demokratie durch das Internet. Sie behaupten:

- «1. *Das Internet erleichtert die politische Beteiligung;*
2. *es stärkt den politischen Dialog;*
3. *es schafft Gemeinschaft;*
4. *es kann nicht von der Regierung kontrolliert werden;*
5. *es hebt die Wahlbeteiligung;*
6. *es ermöglicht besseren Kontakt zu Politikern und Politikerinnen;*
7. *es verbreitet die Demokratie weltweit.»*

Skeptische Stimmen dagegen behaupten genau das Gegenteil:

- «1. *Das Internet verteuert Politik und erschwert den Zugang.*
2. *Das Internet erschwert den vernünftigen und kenntnisreichen politischen Dialog.*
3. *Das Internet trennt genauso, wie es verbindet.*
4. *Information schwächt den Staat nicht unbedingt.*
5. *Elektronisches Wählen stärkt die Demokratie nicht.*
6. *Direkter Zugang zu Politikern und Politikerinnen ist ein Schwindel.*
7. *Die Politik des Staates kann international manipuliert werden.»*

Ein erheblicher Teil der Literatur ist spekulativ und empirisch wenig gesättigt. Unsere Ex-ante-Teilevaluation konnte sich wegen der Neuartigkeit der Fragestellung und wegen der rasanten technischen Entwicklung und Diffusion der E-Kommunikation nur zum geringen Teil auf bewährte Modelle und Theorien stützen. Knapper Zeit- und Budgetrahmen gestatteten keine Felduntersuchung oder Befragung von Experten und Expertinnen. Die Untersuchung stützt sich auf Auswertungen der neuesten Literatur zu E-Government und E-Demokratie,⁴ auf eine Wähler-Potential-Schätzung auf der Basis von Selects-Daten (Wahlanalyse 1999) und VOX-Daten, sowie auf die Auswertungen des gegenwärtigen Forschungsstands zur schweizerischen Wahl- und Abstimmungsdemokratie. Wir gingen vom folgenden kausalen Wirkungsmodell aus:



Vom Angebot des E-Voting und der (behördlichen) E-Kommunikation gehen drei Hauptwirkungen aus:

1. Das Angebot richtet sich an die gesamte Wählerschaft, wird aber nur von den Personen genutzt, welche zwei Bedingungen erfüllen: Sie sind Benutzer und Benutzerinnen der E-Technik, und sie sind generell politisch interessiert. Dieses Potential kann für die gegenwärtige Situation geschätzt und auf Grund vorhandener Daten extrapoliert werden. (Modellbeziehungen 1 und 2).
2. Auf der interaktiven Ebene zwischen E-Angebot und E-Nachfrage findet ein neuer Kommunikationsaustausch statt: Das behördliche E-Angebot kann, zusammen mit privaten E-Angeboten, neue politische Informationen bereitstellen. Es ist möglich, dass diese interaktive Kommunikation auch E-Nutzer und E-Nutzerinnen zur Stimmgabe führt, welche kein generalisiertes politisches Interesse aufweisen. Dieses erweiterte Potential von (zusätzlichen) Wählern und Wählerinnen ist auf Grund schmaler Erfahrungsdaten schwieriger einzuschätzen (Modellbeziehung 3).
3. E-Voting und E-Kommunikation haben, als neues Informationsangebot, direkte Auswirkung auf die Abstimmungskampagnen. Diese Auswirkungen werden auf Grund vorhandener Literatur eingeschätzt und theoretisch eingegrenzt (Modellbeziehung 4).

Die Nutzung von E-Voting und E-Kommunikation hat zwei Auswirkungen:

4. Das individuelle Verhalten: Stimmverhalten und Stimmgabe können sich, unter Annahme sozialpsychologischer und politologischer Regelmässigkeiten, verändern (Modellbeziehung 5).

5. Das Urnenergebnis: Die Beeinflussungen des individuellen Beteiligungs- und Abstimmungs- bzw. Wahlverhaltens sowie der Abstimmungs- und Wahlkampagnen können Auswirkungen auf das Resultat von Wahlen und Abstimmungen insgesamt haben. Diese Auswirkungen können teilweise theoretisch, zum Teil durch Analogie mit der Stabilität heutiger Wahl- und Abstimmungsergebnisse eingeschätzt werden (Modellbeziehungen 4 und 5).

Im Folgenden stellen wir die Ergebnisse der Untersuchung vor. Die zehn Hauptergebnisse zu den einzelnen Fragen sind den Abschnitten vorangestellt und werden nachher begründet.

3 Akzeptanz und Selektivität elektronischer Stimmabgabe

3.1 Steigert E-Voting die Stimm- und Wahlbeteiligung?

Das von optimistischer Seite beschworene partizipationssteigernde Potential von E-Voting wird zumindest in kurz- bis mittelfristiger Perspektive überschätzt.

E-Demokratie, E-Government und E-Voting werden von einem Teil der Literatur als vielversprechende Instrumente zur Steigerung politischer Partizipation eingeschätzt. So glauben beispielsweise Auer und Trechsel (2001) an eine Erhöhung der Stimmbeteiligung von 9 Prozent. Wir versuchten, anhand der Daten aus der Befragung der Nationalratswahlen 1999⁵ eine zahlenmässige Schätzung des Potentials von Internet-Wählerinnen und Wählern vorzunehmen.

Die Resultate dieser Potentialschätzung sind ernüchternd. Es sind vor allem drei Gründe, die dagegen sprechen, dass mit einer Einführung von E-Voting die Partizipation in der Schweiz sofort sprunghaft steigen wird:

- a) Optimistische Stimmen argumentieren etwa mit dem Anteil der Internetnutzerinnen und -nutzer an der (wahlberechtigten) Bevölkerung (z.B. Hensler 2001, 3 nennt 44%). Nun sind aber nicht alle Personen, die das Internet nutzen, politisch interessiert. Da politisches Interesse als die zentrale Variable bei der Erklärung der Partizipation gilt, muss das Potential auf die Schnittmenge von politisch Interessierten und Internetnutzerinnen und -nutzern eingeschränkt werden (vgl. auch Longchamp 1999a, 8).⁶
- b) Von diesem Kreis kann eine Steigerung der Stimm- und Wahlbeteiligung nur von denjenigen Personen ausgehen, die bisher nicht partizipiert haben. Bei der Befragung von Selects99 gaben 11% der Befragten an, dass sie das Internet als Informationsquelle genutzt hätten. Darunter befinden sich jedoch über 80% Wählerinnen und Wähler. So sind nur 2% der

Stichprobe gleichzeitig Internetnutzerinnen und –nutzer und Nichtwählerinnen und Nichtwähler.⁷ Dies entspricht, auf die Wahlbevölkerung umgerechnet, ca. 95'000 Personen. Selbst wenn man die Angaben mit einem Korrekturfaktor versieht, der berücksichtigt, dass die Partizipation in Umfragen immer als zu hoch angegeben wird, kommt man so auf maximal 150'000 Personen, die grundsätzlich das Potential für eine Erhöhung der Beteiligung infolge der Einführung des elektronischen Wählens bilden.

- c) E-Voting hat aber noch eine dritte Hürde zu nehmen. Empirische Studien zeigen für die USA, dass weniger als die Hälfte der Internetnutzerinnen und –nutzer auch online Transaktionen durchführen (z.B. Horrigan 2001, 20ff). Personen, die das Internet zwar zur Informationsbeschaffung oder Unterhaltung nutzen, aber keine Transaktionen durchführen, begründen dies meist mit mangelndem Vertrauen in die Technik und einer Angst vor einem Verlust der Anonymität. Hensler (2001, 3) zitiert gemäss einer Seco-Studie für die Schweiz zahlenmässig vergleichbare Ergebnisse. Wenn wir davon ausgehen, dass die individuellen Barrieren bei E-Voting ähnlich sein dürften wie bei E-Banking oder dem Kauf eines Produkts, dann ist das erwähnte Potential zusätzlicher Wählerinnen und Wähler noch mindestens um die Hälfte zu reduzieren. Auf diese Weise kann ein optimistisches Potential von 75'000 Personen veranschlagt werden. Dies entspricht einem Anteil der Wahlberechtigten von 1.7% und ergäbe somit eine Partizipationsrate von 45% anstelle von 43,3% für die Nationalratswahlen 1999.

Unsere Potentialschätzung ist eine Momentaufnahme mit Vergangenheitsdaten. Sie trägt der künftigen Entwicklung nicht Rechnung. Allerdings weist die Potentialschätzung eine geringe Sensitivität auf. Selbst wenn sich herausstellen sollte, dass doppelt so viele Personen durch E-Voting partizipieren werden, ändert dies wenig an unseren Aussagen.

Nun setzen die Verfechter und Verfechterinnen einer partizipationssteigernden Wirkung von E-Voting in der Regel ihre Hoffnung auf die junge Generation (z.B. Hensler 2001, 15). Wenn es in der Tat so wäre, dass ein Grossteil des heutigen Potentials bei der jüngeren Generation liegen würde, müsste man in langfristiger Perspektive optimistischer argumentieren, als wir es tun.⁸

3.2 Verändert sich durch E-Voting die Zusammensetzung der aktiven Wählerschaft?

Für die von Skeptikern geäußerte Befürchtung, dass sich die Wahl- und Abstimmungsdemokratie mit der Einführung von E-Voting (noch mehr) zur Ober- und Mittelschichtdemokratie entwickelt, besteht langfristig kein Grund.

Nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch auf Grund empirischer Untersuchungen für die USA wurde argumentiert, dass die Einführung von E-Voting zum heutigen Zeitpunkt infolge des «digital divide» die geringere Teilnahme unterer Bevölkerungsschichten an Wahlen und Abstimmungen noch vergrößern werde. Alvarez und Nagler (2000, 26) argumentieren in diesem Zusammenhang sogar, dass gestiegene Partizipationsraten schlecht sein können, wenn sie hauptsächlich von bereits überrepräsentierten Bevölkerungsschichten herrühren. Sie erachten E-Voting erst dann als Alternative zu den herkömmlichen Wahl- und Abstimmungsformen, wenn die Internetnutzung alle Gesellschaftsschichten gleichmässiger durchdringt.

Wir haben auch hier eine Potentialschätzung vorgenommen. Auf Grund der Kombination der Ergebnisse von Longchamp (1999b) und der Selects-Daten (1999) lassen sich Aussagen zur Internetnutzung der aktiv Wählenden und der Nichtwählenden machen.

Wie wir bereits erwähnt haben, gaben 11% der Befragten (223 Personen) an, das Internet als Informationsmedium genutzt zu haben. Sie unterscheiden sich statistisch signifikant (mindestens 05-Niveau) vom Rest der Befragten durch die folgenden Merkmale:

- bereits 1995 überdurchschnittliche Wahlteilnahme
- überdurchschnittliches Interesse an Politik
- überdurchschnittliches Interesse an der Wahlkampagne
- fühlen sich subjektiv überdurchschnittlich gut informiert
- kommen überwiegend aus der Deutschschweiz
- haben ein etwas höheres objektives politisches Wissen
- sind überwiegend Männer
- sind überdurchschnittlich gebildet
- sind eher jünger
- gehören tendenziell den höheren Einkommensklassen an (Haushaltseinkommen)

In einer multivariaten Analyse (Logit) mit der Internetnutzung als abhängige Variable bleibt der Einfluss der folgenden unabhängigen Variablen signifikant:

- Interesse an Kampagne
- subjektive Informiertheit
- Wahlteilnahme

- Sprache
- Geschlecht
- Alter
- Haushaltseinkommen

Mit wenigen Ausnahmen zeigen diese Zusammenhänge genau den «digital divide» auf: Es sind hauptsächlich besser verdienende, höher gebildete Personen, die politisch interessiert sind und generell eine höhere Partizipationsneigung aufweisen, die Zugang zum Internet haben und es zur Beschaffung politischer Informationen nutzen.

Vom Ergebnis eines «digital divide» in der wahlberechtigten Bevölkerung auf eine repräsentationsverzerrende Wirkung von E-Voting zu schließen, ist aber methodisch falsch. Auf der digitalen Seite des Grabens befinden sich mehrheitlich Personen, die partizipieren, unabhängig davon, ob sie dies auch auf elektronischem Wege tun können. Mit anderen Worten ändert es nichts an der soziodemografischen Zusammensetzung des Elektorats, wenn ein hochgebildeter, gut verdienender, junger Mann, der politisch interessiert ist, seine Stimme künftig via E-Voting abgibt statt dies auf traditionellem Wege zu tun. Deshalb ist es unerlässlich, die nicht Wählenden genauer zu betrachten: Hier unterscheiden sich Internetnutzerinnen und -nutzer von den Internet-Nichtnutzern und -nutzerinnen nur hinsichtlich der Sprache, nicht aber in allen übrigen soziodemografischen Merkmalen, welche die Teilnahme an den Wahlen beeinflussen: Nicht Wählende, die das Internet für politische Informationen nutzen, sind gegenüber den Nicht-Nutzern und Nicht-nutzerinnen weder gebildeter noch reicher noch jünger, noch weisen sie ein höheres politisches Interesse auf. Vor diesem Hintergrund können wir nur folgern, dass eine Verschärfung der Repräsentationsdefizite nach soziodemografischen Merkmalen durch die Einführung von E-Voting unwahrscheinlich ist. Auch bei der Generation der Jungen ist kein «digital divide» zu beobachten. Hier wird das Internet von denjenigen genutzt, die ein grösseres Interesse an Politik und an der Wahlkampagne haben und eine höhere Partizipationsneigung aufweisen. Damit trägt allerdings die Möglichkeit elektronischen Wählens und Abstimmens auch nichts zur stärkeren Partizipation der Jungen bei, die das Internet stärker nutzen als Personen über 30.

Zusammengefasst lässt sich folgendes festhalten: Der «digital divide» lässt sich zwar für das gesamte Elektorat empirisch bestätigen. Weil er aber weder innerhalb der Gruppe der Nicht Wählenden noch innerhalb der jungen Generation vorhanden ist, ist es höchst unwahrscheinlich, dass die Ein-

führung von E-Voting an den heute bestehenden Repräsentationsdefiziten der Jungen, der Frauen oder der unteren sozialen Schichten etwas ändert.

4 Veränderung der Dynamik von Wahl und Abstimmungskampagnen

4.1 Verändert sich durch E-Kommunikation der Kreis der Beteiligten im Wahl- und Abstimmungsprozess?

Kurzfristig wird E-Kommunikation den Zugang neuer Gruppen und politischer Aussenseiter im Wahl- und Abstimmungsprozess erleichtern: Letztere profitieren in der Pionierphase von den kostengünstigen Möglichkeiten der E-Kommunikation. Bisher ausgeschlossene Gruppen lassen sich besser mobilisieren. Mittel- bis längerfristig ist hingegen im Zuge der verstärkten Professionalisierung der E-Kommunikationsangebote davon auszugehen, dass die innovativen Aussenseitergruppen durch die konventionellen und finanzkräftigen Anbieterinnen und Anbieter von politischen Informationen verdrängt werden. Mit der zunehmenden Verbreitung der E-Technik verändert sich damit die Angebotsstruktur zum Vorteil gut organisierter Interessengruppen.

Generell liegen die Stärken der E-Kommunikation auf Grund ihrer dezentralen Strukturen in der Ausweitung der individuellen Kommunikationsmöglichkeiten. Weit stärker als konventionelle Formen der Massenkommunikation ermöglichen sie die interaktive und gleichberechtigte Beteiligung vieler Bürger und Bürgerinnen am demokratischen Diskussionsprozess. So können politische Informationen durch die spezifischen Vorteile der E-Kommunikation schneller und billiger als auf dem konventionellen Weg verbreitet werden, und die Bürgerinnen und Bürger bestimmen selbst, welche Informationen sie zu welchem Zeitpunkt einsehen wollen (Zittel 1997). Zudem bietet sich ihnen die Möglichkeit, den eigenen Standpunkt direkt und ungefiltert zu vertreten. Durch die E-Kommunikation wird auch die gezielte, transparente und rasche Informationssuche und Recherche stark erleichtert (Longchamp 1999a, 18). Im Weiteren ermöglicht ihre Zeit- und Ortsunabhängigkeit einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, die sich auf Grund des Erfordernisses der physischen Präsenz bisher kaum an Wahl- und Abstimmungsprozessen beteiligen konnten, neue Chancen der politischen Partizipation und Artikulation (z. B. Behinderte, Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen) (Marschall 1997).

Kurzfristig findet die demokratisierende Wirkung von Wahl- und Abstimmungsprozessen durch neue Formen der E-Kommunikation nicht nur auf der Nachfrage- sondern auch auf der Angebotsseite statt. So weisen in- und ausländische Beispiele darauf hin, dass in der Pionierphase auf Grund der dezentralen und kostengünstigen Angebotsstruktur der E-Kommunika-

tion gut organisierte, etablierte und finanzkräftige Interessen im politischen Willensbildungsprozess durch neue Gruppen Konkurrenz erhalten und eine Pluralisierung der Informationsangebote beobachtet werden kann (Geser 1998, 14). Auf Grund der niedrigen Zugangskosten bieten sich insbesondere für schwach organisierte Interessen ohne beträchtliche finanzielle Ressourcen vereinfachte Chancen der Themensetzung (agenda setting) und Problemartikulation an. Dadurch können Aussenseiter und Aussenseiterinnen, neue soziale Bewegungen und Ad-hoc-Gruppen ihre Abstimmungs- und Wahlprogramme besser und billiger bekannt machen und erzielen dadurch bisher kaum mögliche Mobilisierungserfolge und Multiplikationseffekte (Clemens 1999, 58, Jarren 1998). Informationen zu Wahlen und Abstimmungen lassen sich zudem fortlaufend und thematisch individuell zuschneiden und können per E-Mail zugestellt werden, womit Abstimmungskampagnen spezifischer auf ausgewählte Zielgruppen ausgerichtet werden können als heute (Clemens 1999, 54; Longchamp 1999a, 19). Auch für den einzelnen Bürger und die einzelne Bürgerin wird es schliesslich einfacher, Gleichgesinnte zu finden, Interessen zu bündeln und sich in den politischen Diskurs einzubringen.

Mittel- bis längerfristig ist hingegen ein Wandel der Angebotsstrukturen mit eher negativen Konsequenzen für die Qualität des demokratischen Diskurses zu erwarten. So ist im Zuge der verstärkten Professionalisierung und Kommerzialisierung der E-Kommunikationsangebote und mit Hinweis auf die Entwicklungsphasen der direkten Demokratie (Cronin 1989) davon auszugehen, dass die innovativen Aussenseitergruppen bei Wahl- und Abstimmungskampagnen durch die konventionellen und finanzkräftigen Angebote von politischen Informationen zunehmend verdrängt werden. Bei einzelnen Abstimmungskampagnen (z. B. Genschutzinitiative 1998) lässt sich eine entsprechende Veränderungsdynamik auf der Angebotsseite auch schon in der Schweiz beobachten (Longchamp 2000, 3). Mittelfristig steht vor allem die verstärkte Nutzung der Netzkommunikation durch die bestehenden intermediären Organisationen (Parteien, Verbände) in Wahlkämpfen und Abstimmungskampagnen im Vordergrund (Jarren 1998). Mit der zunehmenden Verbreitung und Vermarktung der E-Technik verändert sich damit die Angebotsstruktur zum Vorteil gut organisierter Gruppen, wodurch sich die potentiellen Möglichkeiten der gleichberechtigten Teilnahme reduzieren und die Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten an die ungleiche Ressourcenverteilung geknüpft werden (Marschall 1997).

4.2 Fördern die heutigen und die absehbaren Formen der E-Kommunikation den politisch-demokratischen Diskussionsprozess durch transparenten und erleichterten Informationsaustausch oder sind sie den vorhandenen Qualitäten konventioneller politischer Diskussion eher abträglich?

Die E-Kommunikation stellt hohe Anforderungen an die Informationsbewertung der Bürgerinnen und Bürger. Auf Grund der unstrukturierten und vielfältigen E-Kommunikationsangebote besteht besonders bei politisch komplexen Abstimmungssituationen die Gefahr einer überforderten Bürgerschaft. Verbunden mit der zunehmenden Kommerzialisierung der E-Kommunikation sowie der geringeren Sichtbarkeit und Verantwortlichkeit der Sender sind mittel- bis längerfristig auch negative Auswirkungen auf die Qualität des politischen Diskussionsprozesses zu erwarten.

Die oben erwähnten Zugangsmöglichkeiten zur E-Kommunikation garantieren für sich allein noch nicht die Entstehung eines fairen und offenen politischen Diskurses. Vielmehr ist entscheidend, wie die Bürger und Bürgerinnen von entsprechenden Angeboten Gebrauch machen (Zittel 1997). Die grosse Menge an kommerziellen und unterhaltsamen E-Angeboten lässt erwarten, dass diese für die Nutzerinnen und Nutzer generell attraktiver als die politischen E-Kommunikationsangebote sind.

Die E-Kommunikation stellt äusserst hohe Anforderungen an die Informationsverarbeitung und -bewertung der Bürgerinnen und Bürger. So entsteht Transparenz nicht automatisch bei blosser Informationszugänglichkeit und einer grossen Menge an Informationen (Jarren 1998). Vielmehr müssen die Informationen für ein besseres Verständnis kognitiv verarbeitet werden. Die Aufgabe der Themenstrukturierung und -gewichtung (Filterfunktion), die bisher die Medien wahrgenommen haben, muss neu von jedem Einzelnen übernommen werden. Dies setzt hohe Anforderungen an die Fähigkeit, wichtige von unwichtigen Informationen trennen zu können, was eine nicht zu unterschätzende und neue Schwierigkeit der politischen Willensbildung darstellt. Auf Grund der unstrukturierten und vielfältigen E-Kommunikationsangebote besteht besonders bei politisch komplexen Abstimmungssituationen und für untere soziale Schichten die Gefahr einer Überforderung durch die neuen Formen der E-Demokratie. Verbunden mit der zunehmenden Kommerzialisierung der E-Kommunikation sowie der Anonymität des Senders, zusätzlich die Diffamierung des politischen Gegners oder der politischen Gegnerin, die Irreführung der Nutzer und Nutzerinnen durch die Bereitstellung falscher Informationen und das Auftreten extremistischer Gruppierungen im Verlaufe von Wahl- und Abstimmungskampagnen begünstigt (Clemens 1999, 57), sind mittel- bis längerfristig

auch negative Auswirkungen auf die Qualität des politischen Diskussionsprozesses zu erwarten.

Alle vorhin genannten Folgen der E-Kommunikation sind unabhängig davon zu erwarten, ob die Möglichkeit der elektronischen Stimmabgabe eingeführt wird. Ihre Einflüsse werden aber generell stärker eintreten, wenn die politische E-Kommunikation mit E-Voting – praktisch durch einen Mausclick – verbunden wird.

5 Welche Behördeninformationen sind im Kontext des E-Voting erforderlich, und welche Folgen ergeben sich durch die Konkurrenz anderer E-Politikinformation?

Die Chancen für die Behörden liegen vor allem darin, durch die Bereitstellung aktueller, vernetzter und kohärenter Verwaltungsinformationen den Forderungen nach einer bürgernäheren Politik rascher nachzukommen als auf konventionellem Weg.

Die grössten Herausforderungen stellen sich für die Behörden weniger in der Überwindung der technischen Probleme, als in der Bereitstellung von Informationsangeboten, die erstens gegen die Konkurrenz von privaten Anbietern und Anbieterinnen bestehen und zweitens die sozialen Verzerrungen («digital divide») in der Nutzung der E-Kommunikationsangebote ausgleichen können.

Allgemein bietet sich durch E-Kommunikation für die Behörden die Chance, ihre Informationen für die Bevölkerung aktueller, vernetzter und kohärenter als auf den bisher verstreut vorhandenen Schriftdokumenten bereit zu stellen und damit dem Öffentlichkeitsprinzip stärker nachzukommen. Die Forderungen an die Verwaltung nach umfassender Informationen und einer bürgernäheren Politik können mit den Formen der E-Kommunikation rascher befriedigt werden als auf konventionellem Weg. Die gesteigerten Möglichkeiten der Interaktivität und der Rückkoppelung erhöhen zudem die Bereitschaft der Entscheidungsträger und -trägerinnen zum Dialog, was im Ergebnis die Distanz zwischen Verwaltung und Bürgerschaft abbaut (Marschall 1997).

Im Zusammenhang mit den zu erwartenden Konsequenzen der E-Kommunikation stellt sich insbesondere die Frage nach der Notwendigkeit zusätzlicher Behördeninformation im Abstimmungs- und Wahlprozess. Während heute die Wahl- und Abstimmungsunterlagen in der Regel nicht aktualisiert werden, können die Behörden dank der neuen Formen der E-Kommunikation ihre Informationen im Verlaufe einer Kampagne fortlaufend aktualisieren und modifizieren. Insbesondere bei Sachabstimmungen bieten sich den Behörden mit der Herausgabe eines «elektronischen Bun-

desbüchleins» erweiterte Möglichkeiten der fairen und transparenten Informationsvermittlung (z. B. durch die visuelle Darstellung eines Bauprojekts im Modell mit je passenden Perspektiven der Befürworter/-innen und Gegner/-innen; vgl. Kappeler 1998, 5).

Um die zentralen Vorteile der E-Kommunikation sowie den gleichberechtigten, unmittelbaren und individuellen Zugang für möglichst viele Bürger und Bürgerinnen auch realisieren zu können, müssen die Behörden vor allem Hilfsangebote für die Themenstrukturierung und -gewichtung bei der Nutzung des Internets im Verlaufe von Wahl- und Abstimmungskampagnen bereitstellen. Auf Grund der fehlenden Filterfunktion durch die Medien und der Vielzahl der starken Konkurrenz von staatlichen und privaten E-Kommunikationsangeboten ist das Überforderungspotential für die Stimmbürgerschaft beträchtlich. Während die Stimmbeteiligung oder die Teilnahmebereitschaft der verschiedenen sozialen Gruppen wenig beeinflusst wird, ist mit Folgen für die Willensbildung der aktiven Bürgerschaft zu rechnen. Die unterschiedlichen Gewohnheiten und Fähigkeiten der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Umgang mit der E-Kommunikation («digital divide») spiegelt sich auch in einer einseitigen Nutzung der politischen E-Informationsangebote wider (Marschall 1997), was nicht ohne Folgen für die Stimmabgabe bleibt. Ohne behördliche Massnahmen ist damit nicht auszuschliessen, dass sich die bereits bestehenden Gräben zwischen ressourcenschwachen und -starken Interessen sowie zwischen Hoch- und Niedriggebildeten noch weiter vertiefen.

Deshalb scheint es notwendig, dass die Behörden bei der Einführung von E-Voting technische und beraterische Infrastruktur zur adäquaten Nutzung der politischen E-Kommunikationsangebote bereitstellen. Von Bedeutung in diesem Zusammenhang wären zum Beispiel:

- die Schaffung einer einheitlichen und einzigen Einstiegsplattform für die einzelnen Abstimmungen oder Wahlen, die auf alle privaten und staatlichen Internetadressen zu den entsprechenden Vorlagen verweist (Braun 2000, 34);
- eine enge Koordination mit dem Projekt «Guichet virtuel» (d. h. Zugang über ein einheitliches Portal für alle staatlichen Stellen);
- mündliche oder elektronische Beratung durch die Behörden (analog zum «Wahltelefon» der Parlamentsdienste bei eidgenössischen Wahlen) zum Abbau der psychologischen Barrieren bei den Wahl- und Stimmberechtigten;

- Einsicht in die elektronischen Auskünfte der Behörden für andere Stimmberechtigten, womit ein permanenter Dialog zwischen Behörden und Bürgerinnen und Bürgern gefördert würde.

Mit diesen Ausführungen möchten wir verdeutlichen, dass das E-Voting nicht als eine isolierte Massnahme eingeführt werden kann, sondern zusammen mit umfassenden E-Kommunikationsangeboten konzipiert werden muss, die im Kontext mit nicht-staatlichen Angeboten politischer E-Kommunikation stehen.

6 Einflüsse auf das Stimm- und Wahlverhalten sowie auf die Legitimation des Urnengangs

6.1 Verändert E-Voting individuelles Abstimmungs- und Wahlverhalten im Vergleich zu den konventionellen Formen der Stimmabgabe?

Bei der elektronischen Stimmabgabe ist mit neuartigen Auswirkungen von Wahl- und Abstimmungspropaganda zu rechnen, die systematisch untersucht und abgeklärt werden müssten.

Das Wahl- und Abstimmungsverhalten wird einerseits von persönlichen Interessen und Werthaltungen bestimmt, andererseits von Informationen von Drittpersonen (politischen Akteuren und sonstigen Vertrauenspersonen), beruflichen oder familiären Milieus, von medialen Botschaften sowie von der Wahl- und Abstimmungspropaganda beeinflusst. Mit der Verlagerung des Informationsangebots auf das Internet könnte theoretisch mit folgenden Veränderungen zu rechnen sein:

- *Geringere Verantwortlichkeit der Polit-Propaganda:* Der grösseren Reichhaltigkeit der Internet-Informationen steht eine geringere Sichtbarkeit, Verantwortlichkeit und Verantwortbarkeit des Informanten oder der Informantin gegenüber. Während politische Parteien zum Teil auch die dauerhaften Interessengruppen von der Wählerschaft für «Fehlinformation» «gestraft» werden können, ist dies bei Ad-hoc-Gruppen in einmaligen Abstimmungssituationen nicht der Fall. Die demokratietheoretisch unerwünschte Beeinflussung der Abstimmenden durch einseitige, übertriebene oder gar unwahre Propaganda kann zunehmen.
- *Emotionalisiertes Wählen und Abstimmen:* Die emotionale Stimulierung der Wählenden und Abstimmenden unterliegt bisher einem «cooling out»: Zwischen emotionalem Stimulus und Stimmabgabe liegen distanzierende Tätigkeiten (zumindest das handschriftliche Ausfüllen von Formularen) sowie eine grössere Zeitspanne (persönlicher Urnengang, oder Einwerfen der Wahlsendung in den nächsten Briefkasten). Beim E-

Voting liegt zwischen einer besichtigten Propaganda-Seite und der Stimmabgabe ein einziger Mausklick. E-Voting kann also auch zu verstärkt emotionalem Voting führen, das weniger auf Selbstüberprüfung durch Gespräche mit Dritten beruht.

Ob und wie stark sich diese theoretisch postulierten Effekte tatsächlich auswirken, lässt sich auf Grund des bisherigen Informationsstandes nicht sagen. Zu empfehlen wäre, diese Effekte systematisch durch wissenschaftliche Untersuchungen auszuleuchten.

6.2 Beeinflusst E-Voting die institutionelle Legitimation der direkten Demokratie?

Die Legitimation der Wahl- und Abstimmungsdemokratie kann Schaden leiden.

Cyber-Systeme haben spezifische Risiken der Glaubwürdigkeit (Feldman 2000). In Zusammenhang mit dem E-Voting ist folgendes zu beachten:

- *Fehlerakzeptanz*: kein Stimm- oder Wahlergebnis ist «genau». In die Unterscheidung zum Beispiel zwischen gültigen und ungültigen Stimmen fliessen stets Werturteile ein; menschliche Fehler führen zu Abweichungen zwischen «richtigem» und publiziertem Ergebnis. Die Fehlertoleranz ist im heutigen System unter anderem deshalb gross, weil dezentral ausgezählt wird, weil die Stimmzählenden ihre Aufgabe als Ehrenamt und ohne Eigeninteresse erfüllen, und weil angenommen werden kann, dass sich Einzelfehler insgesamt ausgleichen. Beim E-Voting werden nun kleine (und sanktionierbare) Fehler ersetzt durch das Risiko eines zentralisierten Systems, für dessen Funktionieren und Fehler wenige professionalisierte Experten und Expertinnen zuständig sind. Das gilt auch für die Überprüfung der elektronischen Unterschriften bei Bund, Kantonen oder Gemeinden. Es ist anzunehmen, dass die öffentliche Fehlerakzeptanz des E-Voting-Systems geringer ist als im bisherigen System.
- *Das Risiko der Stellvertretung*: Einzelne Kantone hatten in der Vergangenheit die stellvertretende Ausübung des Wahlrechts (z. B. durch Ehepartner oder Ehepartnerin) eingeführt. Heute kommt man eher davon ab, weil die Stellvertretung eines der grössten Risiken des Stimmrechtsmissbrauchs darstellt (z. B. durch leitendes Personal von Altersheimen) (Linder/Hardmeier/Moser 1991). Es ist also beim E-Voting nicht nur die technische Fälschungssicherheit der elektronischen Unterschrift zu beachten, sondern auch die soziale: Während man die hohen Barrieren vor der handschriftlichen Namensfälschung kennt, wissen wir wenig,

wie weit die persönlichen Codes elektronischer Identifikation zwischen sich nahe stehenden Personen gegenseitig «ausgeliehen» werden.

- *Trivialisierung des Abstimmungsgangs*: Es ist damit zu rechnen, dass politische Information ebenso wie Meinungsumfragen künftig vermehrt über Internet erfolgen. Die Gleichschaltung der politisch-behördlichen Information und der Abstimmung mit genereller Internet-Info und allgemeinen Internet-Umfragen birgt das Risiko, dass sich die Behördeninformation und die Abstimmung nicht vom übrigen Angebot unterscheiden. Diese Gleichsetzung kann den Urnengang trivialisieren und seinen Symbolwert verringern. Hier stellt sich eine Grundfrage der Philosophie direkter Demokratie: Man kann das Besondere eines Urnengangs dadurch im Bewusstsein halten, dass man ihm einen hohen symbolischen Stellenwert einräumt (wie z. B. die Konzentration der Wahlen auf einen Werktag, an dem in einigen Ländern die Geschäfte geschlossen bleiben). Oder man kann umgekehrt alle möglichen Erleichterungen einführen – und damit den Urnengang abwerten. Mit den Erleichterungen der Stimmgabe in den letzten zwanzig Jahren ist die Frage in der Schweiz zwar längst zu Gunsten der «Optionalisierung» und «Individualisierung» des Urnengangs entschieden worden. Die Einführung des E-Voting ist ein weiterer Schritt in diese Richtung. Dass dies langfristig der richtige Weg wäre, ist damit allerdings nicht bewiesen.

7 Beeinflussung der Wahl- und Abstimmungsergebnisse durch E-Voting

7.1 Sind durch den Einsatz von E-Voting systematische Veränderungen von Abstimmungs- und Wahlergebnisse zu erwarten?

Durch die Einführung des E-Voting sind keine generellen Veränderungen in den Abstimmungs- und Wahlergebnissen zu erwarten, da weder von einer markanten Steigerung der Partizipation noch von einer veränderten Mobilisierung der Wählerschaft auszugehen ist. Allenfalls ist es in einer Anfangsphase möglich, dass E-Voting-Kampagnen in besonderen Abstimmungen zu spezifischen Mobilisierungen führen, die das Resultat zu beeinflussen vermögen.

Es ist zwischen Wahlen und Abstimmungen zu unterscheiden:

- Wahlen sind hinsichtlich der Partizipation und der Wähleranteile der einzelnen Parteien vergleichsweise stabil. Sie sind labil hinsichtlich der Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten und der Mandatsanteile in grösseren Wahlkreisen, und zwar wegen der technischen Eigenschaften des Proporzwahlrechts. Von E-Voting ist eine weitere Personalisierung der Wahlen zu erwarten; die Möglichkeit der Parteiführungen, über die Listengestaltung Einfluss auf die effektive Wahl ihrer Kandidatinnen

und Kandidaten zu nehmen, sinkt weiter. Kurzfristig werden Kandidatinnen und Kandidaten mit «Wählt mich»-Internet-Auftritten höheren Erfolg haben als andere. Diese Konkurrenzvorteile werden längerfristig verschwinden, wenn, was anzunehmen ist, ein Grossteil der Kandidatinnen und Kandidaten von persönlichen E-Kampagnen Gebrauch macht. Wir schätzen daher die Effekte des E-Voting auf den Wahlausgang als politisch wenig bedeutsam und höchstens temporär ein.

- Abstimmungen sind hinsichtlich der Partizipation (Schwankungsbreite zwischen 25 und gegen 80%, je nach Wichtigkeit und Umstrittenheit der Vorlage), hinsichtlich Zusammensetzung der Wählerschaft (stärkerer Verzicht unterer sozialer Schichten bei komplexen Fragen) sowie der Wirkung von Propaganda (stärkere Beeinflussung bei nicht-prädisponierten Vorlagen, Linder 1999, 280ff) labil. Nach bisherigen Untersuchungen (VOX, Di Giacomo 1993) vermag die stärkere Mobilisierung von Wählerinnen und Wählern mit geringen Kenntnissen und geringem politischem Interesse bei wichtigen, kontroversen Themen knappe Entscheidungsergebnisse zu beeinflussen. Hier ist die Wirkung von E-Voting als zusätzlicher Faktor der Beeinflussung näher abzuklären.

Wie in den vorangehenden Abschnitten bereits ausgeführt, ist von der Einführung des E-Voting

- weder eine markante Steigerung der Stimmbeteiligung
- noch eine Vergrösserung des Mittelschichts-Bias der Partizipation durch den E-Divide zu erwarten.

Generell ist daher von E-Voting kein Einfluss auf die Abstimmungsergebnisse zu erwarten. Nun vermuten wir allerdings, dass E-Voting die Willensbildung der aktiven Stimmbürger und Stimmbürgerinnen zu beeinflussen vermag (Verstärkung des Orientierungsdefizits durch mehr, aber gegensätzliche und schlecht klassierbare Information, höherer Einfluss der Propaganda durch emotionales Abstimmen). Ferner ist zu vermuten, dass die technische Faszination von E-Kommunikation und E-Voting in einer Anfangsphase und in wichtigen, kontroversen Vorlagen auch Personen zur Stimmabgabe reizt, die nur ein geringes politisches Interesse ausweisen. Hier kommen also alle Umstände zusammen, die heute zur Beeinflussung knapper Urnenergebnisse ausreichen, und es ist nicht auszuschliessen, dass E-Voting als zusätzlicher Faktor relevant wird. Dies gilt aber unseres Erachtens nur für eine erste Zeit und für wichtige, nicht prädisponierte Vorlagen. Längerfristige Auswirkungen wären allenfalls dann anzunehmen, wenn die Nutzung von E-Kommunikation und von E-Voting innerhalb der aktiven

Stimmbürgerschaft einseitig wäre. Für einen systematischen Effekt dieses so genannten E-Divide für die Stimmbeteiligung haben wir gegenwärtig keinen Hinweis; er ist aber, wie unter Punkt 6 erwähnt, für die politische Willensbildung nicht auszuschliessen, falls die Internet-Nutzung bei der älteren Stimmbürgerschaft stark, aber sozial einseitig verbreitet bleibt, oder wenn die junge Generation, welche das Internet quer durch alle Schichten benutzt, auf die E-Kommunikationsangebote unterschiedlich reagiert. Dieser E-Divide-Effekt wäre durch entsprechende E-Angebote der Behörden zu kompensieren.

8 Unterschriftensammlung für Volksinitiativen und Referenden

8.1 Hat E-Voting Auswirkungen auf die Lancierung von Volksinitiativen und Referenden?

Bei der Sammlung von Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden werden die Probleme einer E-Demokratie sichtbar, weil die traditionellen Mobilisierungs-, vor allem aber Kontrollfunktionen intermediärer Organisationen und der Parteien gegenüber den Behörden nicht ersetzbar sind. Gegenüber der Einrichtung einer vom Bund betriebenen elektronischen Plattform sind schliesslich föderalistische Bedenken zu erwarten. Sozialpsychologische Fragen des Verhaltens und politische Fragen des Vertrauens der Bürgerinnen und Bürger im Zusammenwirken mit Parteien und Staat sollte weit mehr Beachtung geschenkt werden.

Die Sammlung von Unterschriften für Volksinitiativen und Referenden wird heute von intermediären Organisationen (Parteien, Verbänden, Ad-hoc-Komitees) vorgenommen. Diese besorgen auch die Autorisierung der Unterschriften, führen eine Kontrolle über die Zahl der gesammelten Unterschriften und reichen «ihre» Initiative oder «ihr» Referendum unter Anteilnahme der Medien im Bundeshaus ein.

Dieser Ablauf ist mehr als ein Ritual, und die Funktion der intermediären Organisationen nur zum Teil ersetzbar. Denn Initiative und Referendum werden als Oppositionsrechte wahrgenommen. Stimmbürger und Stimmbürgerinnen vertrauen darauf, dass Parteien, Verbände und Komitees bei der Unterschriften-Autorisierung ihre Interessen wahren, dass die intermediären Organisationen bei der Unterschriftensammlung am Ball bleiben, und dass sie ein wachsames Auge auf die amtliche Auszählung werfen.

Mit der elektronischen Unterschriftensammlung fallen einige dieser Kontrollfunktionen der intermediären Organisationen weg. Es kann nicht ohne weiteres angenommen werden, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Opposition vertrauensvoll direkt bei den Behörden einreichen. Zudem akzentuiert sich hier ein allgemeines Problem: Die Überprüfung der Unter-

schriften verlangt ein Mehr an Zentralisierung und informationsmässiger Vernetzung der Stimmrechtsregister. Föderalistische Bedenken sind zu erwarten.

Einige dieser Probleme sind sicherlich lösbar. Sie zeigen indessen, dass bei der Einführung des E-Voting nicht nur technische oder rechtliche Aspekte zu beachten sind. Fragen politischen und sozialpsychologischen Verhaltens der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, des Zusammenwirkens zwischen Behörden, politischen Parteien und intermediären Organisationen im Wahl und Abstimmungsprozess scheinen uns ebenso wichtig zu sein.

9 Fazit

E-Voting verlangt eine intensive sozialwissenschaftliche Begleitforschung.

Nicht von ungefähr räumen die Bundesbehörden dem E-Voting-Projekt eine lange Vorbereitungszeit ein. E-Voting ist ein ehrgeiziges wohl eines der anspruchsvollsten Projekte, die Internet-Kommunikation in der Demokratie zu nutzen. Neben den – hier nicht behandelten – technischen und rechtlichen Problemen wirft E-Voting auch bedeutende politische Fragen auf. Aus unserer Sicht sind weder übertriebene Ängste noch eben solche Hoffnungen am Platz. Vielmehr ist Gelassenheit gefragt. Das Projekt weist aber indirekte politische Folgen auf, die sorgfältig bedacht sein wollen und die für seinen Erfolg ebenso bedeutsam sind wie die technischen Fragen. Sie sollten darum in den künftigen Pilotprojekten mit Umsicht und notwendiger Tiefe untersucht werden.

Anmerkungen

- 1 Für nähere Informationen:
<http://www.admin.ch/ch/d/e-gov/ve/projekte/projekte.html>.
- 2 Auf der Internetseite der Bundesverwaltung (<http://e-gov.admin.ch/vote/index.html>) können folgende zusätzliche Expertengutachten konsultiert werden: Andreas Auer/Alexander H. Trechsel: Voter par Internet; Christoph Bieber: E-Voting und Interaktivität, Zur Rahmung elektronischer Wahlprozesse, Studie für die Schweizerische Bundeskanzlei; Gottlieb Duttweiler Institut für Wirtschaft und Gesellschaft: Report E-Voting für die Schweizerische Bundeskanzlei; Dieter J. Niedermann: E-Voting, Staatspolitische Aspekte aus kantonaler und Gemeindegewalt; Monique R. Siegel: Auswirkungen der Cyberdemokratie (im besonderen E-Voting) auf unsere Gesellschaft.
- 3 www.politik-digital.de/e-demokratie/forschung/digitalerschwindel.shtml.
- 4 E-Demokratie ist ein Teilgebiet von E-Government.
- 5 Das Projekt wurde unter dem Namen Selects 99 (Swiss election study 1999) von den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich durchgeführt.
- 6 Die Auswertung des E-Voting-Versuchs in der Gemeinde Anières (GE) vom Januar 2003 scheint unserer Einschätzung zu widersprechen: Die Stimmbeteiligung lag mit 64% deutlich höher als im bisherigen Durchschnitt von 50%. Dabei hatten 44% der Stimmberechtigten via Internet abgestimmt, von denen ein Grossteil angaben, häufiger stimmen zu wollen, wenn dies immer elektronisch möglich sei (Secrétariat Général, 2003, S. 1–6). Wir halten an unserer skeptischeren Einschätzung aus zwei Gründen fest. Erstens zeigt die Befragung ebenfalls, dass 73% der e-Stimmenden sich unter anderem deshalb beteiligten, weil Abstimmen über Internet neu ist (Secrétariat Général, 2003, 3). Dieser Neuigkeitswert wird sich abnutzen. Zweitens weist die Literatur für alle Formen politischer Beteiligung das politische Interesse als zentralen Beweggrund der Partizipation aus. Für eine Förderung des politischen Interesses allein durch das technische Mittel des E-Voting sehen wir theoretisch keinen Grund, wie ja auch die technische Form des E-Commerce die Kaufkraft der KonsumentInnen nur ausnahmsweise steigert. Beide Argumente sprechen gegen eine nachhaltige Erhöhung der Stimmbeteiligung durch die Möglichkeit des E-Voting. Offen ist für uns dagegen, wie das Internet von den politischen Akteuren künftig zur Information und Mobilisierung der

Stimmbürgerschaft genutzt wird – was bedeutet, dass eine Stimulierung des politischen Interesses mit politischen Mitteln erfolgt.

- 7 Bei Abstimmungen ist dieser Anteil gemäss den Daten aus VOX Nr. 66 bis 68 noch niedriger. Er variiert zwischen 0,2% und 0,7% der Stichprobe. Die Fallzahlen sind aber so niedrig, dass die Resultate nicht auf die wahlberechtigte Bevölkerung hochgerechnet werden sollten. Bei VOX Nr. 69 bis 72 sind solche Berechnungen leider gar nicht mehr möglich, weil die Internetnutzung nur noch bei den Teilnehmenden erfragt worden ist.
- 8 Bei der Analyse der Umfrage in Anières konnte kein derartiger Trend festgestellt werden. Die unter 25-Jährigen machten 12%, die über 60-Jährigen 14% aller Internetabstimmenden aus.

Literatur:

- Alvarez, Michael R/Nagler, Jonathan, 2000, The Likely Consequences of Internet Voting for Political Representation. Paper prepared for the Internet Voting and Democracy symposium at Loyola Law School, October 26, 2000, Los Angeles, (<http://www.lls.edu/internetvoting/ivote3c.pdf>, 16. 01. 2003).
- Auer, Andreas/Trechsel, Alexander H., 2001, Voter par Internet? Le Projet E-Voting dans le canton de Genève dans une perspective sociopolitique et juridique. Université de Genève, (http://e-gov.admin.ch/vote/vote_electronique_Beilage12a_C2D.pdf, 24.01.2003).
- Auer, Andreas/Von Arx, Nicolas, 2001, La légitimité des procédures de vote: les défis du E-Voting. Université de Genève, (http://www.geneve.ch/chancellerie/E-Government/doc/legitimite_e-vote.pdf, 27.01.2003)
- Braun, Nadja, 2000, E-Voting. Elektronische Ausübung der politischen Rechte. Lizentiatsarbeit. Universität Bern.
- Clemens, Detlev, 1999, Campaigning in Cyberspace: Internet-Einsatz in amerikanischen Bundeswahlkämpfen 1996 und 1998, *Zeitschrift für Politik* 46 (1), S. 50–67.
- Cronin, Thomas E., 1989, Direct Democracy. The Politics of Initiative, Referendum, and Recall. Cambridge, Harvard University Press.
- Di Giacomo, Fabio, 1993, La décision des abstentionnistes, in: Hanspeter Kriesi (Hg.), *Citoyenneté et démocratie directe*. Zürich, Seismo, S. 261–274.
- Feldman, David L, 2000, Public Confidence in Cybersystems. Issues and Implications for Sustainability, *International Political Science Review* 21 (1), S. 23–12.
- Geser, Hans, 1998, Auf dem Weg zur Neuerfindung der politischen Öffentlichkeit. Das

- Internet als Plattform der Medienentwicklung und des sozio-politischen Wandels. Zürich.
- Hensler, Robert, 2001, *Cyberadministration. La vision du canton Genève*. Genève: Chancellerie d'Etat.
- Horrigan, John B., 2000, *New Internet Users. What They Do Online, What They Don't, and Implications for the 'Net's Future*, (http://www.pewinternet.org/reports/pdfs/New_Us er_Report.pdf, 16. 01. 2003)
- Jarren, Ottfried, 1998, Internet – neue Chancen für die politische Kommunikation, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 40, S. 13–21.
- Kappeler, Beat, 1998, *Jeden Tag Abstimmungen? Das Internet und der politische Entscheid der Zukunft*, in: Schweizerischer Wissenschaftsrat (Hg.), *Internet und Politik. Der Staat und seine Bürger in der Informationsgesellschaft*, Bern.
- Linder, Wolf, 1999, *Schweizerische Demokratie. Institutionen- Prozesse- Perspektiven*, Bern, Haupt.
- Linder Wolf/Sibylle Hardmeier/Christian Moser, 1990, *Unregelmässigkeiten bei erleichterter Stimmabgabe*, Frauenfeld.
- Longchamp, Claude, 1998, *Internet als Medium der politischen Kommunikation und Mobilisierung bei Volksabstimmungen*, (<http://www.polittrends.ch/internetundpolitik/welle2.html>, 16. 01. 2003).
- Longchamp, Claude, 1999a, *Internet als Medium der politischen Kommunikation und Mobilisierung bei Volksabstimmungen*, *SWS-Rundschau*, 39 (1), S. 5–25.
- Longchamp, Claude, 1999b, *Rekordverdächtige Internet-Nutzung vor den Parlamentswahlen 1999. Hauptergebnisse einer Repräsentativbefragung des GfS-Forschungsinstituts zu «Internet und Wahlkampf»*, (<http://www.polittrends.ch/internetundpolitik/wahlkampf.html>, 16. 01. 2003).
- Longchamp, Claude, 2000, *E-government und E-Voting zwischen Optimismus und Pessimismus. Zu den Auswirkungen der Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien auf die schweizerische Politik*. Bern.
- Marschall, Stefan, 1997, *Politik «online» – Demokratische Öffentlichkeit dank Internet?*, *Publizistik*, 42 (3), S. 304–324.
- Noam, Eli, M., 2003, *Digitaler Schwindel – Ein Hilferuf aus den USA*, (<http://www.politikdigital.de/e-demokratie/forschung/digitalerschwindel.shtml>, 27. 01. 2003).
- Pew Research Center for The People & The Press, 2000, *Youth Vote Influenced By Online Information*, (http://www.pewinternet.org/reports/pdfs/PRC_Politics_Report.pdf, 16. 01. 2003).
- Secrétariat Général, 2003, *Analyse des réponses au questionnaire soumis à l'issue du processus de vote*, (http://www.geneve.ch/chancellerie/e-government/doc/Rapport_Final9.pdf, 24. 01. 2003).

Internet

- <http://www.admin.ch/ch/d/egov/ve/projekte/projekte.html>, 23. 01. 2003.
- <http://www.geneve.ch/chancellerie/e-government/E-Voting.html>, 23. 01. 2003.
- <http://e-gov.admin.ch/vote/index.html>, 23. 01. 2003

Résumé

L'introduction du E-Voting demande une longue phase de préparation et de mise en place. Car outre les problèmes techniques et juridiques, ce mode de scrutin soulève d'importantes questions politiques. L'article fait référence à la version actualisée d'un avis d'expert en sciences politiques dans lequel sont examinées notamment les questions de savoir si l'introduction du vote électronique peut contribuer à faire augmenter les taux de participation, et dans quelle mesure ce mode de scrutin est susceptible d'influencer le comportement du corps électoral ou de certains groupes de population au moment des scrutins. L'auteur constate que le vote électronique ne devrait pas être introduit de manière isolée, mais entrer dans un ensemble complet de modalités de communication électronique placé dans le contexte d'autres modes non publics de communication électronique politique. Jusqu'à présent, les recherches et les projets pilotes montrent que pour la réussite du E-Voting, il faut du recul, du doigté et une profondeur suffisante dans l'examen d'autres projets.